Jeffersons Ideal und Trumps Realität

250 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung stellt der US-Präsident einige Errungenschaften der Gründerväter mit seiner chaotischen Politik infrage

Heute, am 4. Juli, ist es so weit. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben Geburtstag. Nach monatelangen Vorbereitungen überall im Land feiern die USA das Wegbrechen vom britischen Weltreich. Am 2. Juli 1776 hatten die Delegierten des Kontinentalen Kongresses der 13 britischen Kolonien in Nordamerika für die Unabhängigkeit gestimmt. Der Kongress war zwei Jahre zuvor ins Leben gerufen worden, um die Reaktion der Kolonisten auf die überhand nehmenden Repressalien des britischen Krone zu koordinieren.

Die Gründerväter der USA hatten die Nase voll, von der starken, in London sitzenden Staatsmacht König Georgs III. dominiert, herumgeschubst, ausgebeutet und im besten Fall einfach ignoriert zu werden. Stark beeinflusst vom Denken französischer Philosophen, wurde durch die Unabhängigkeitserklärung die formale Trennung der Kolonisten von der Treue zur britischen Monarchie und die Gründung von „freien und unabhängigen Staaten“ in Amerika erklärt. Gleichzeitig wurden zum ersten Mal die demokratischen und vom Prinzip der Gewaltenteilung dominierten Leitlinien der zukünftigen amerikanischen Regierungsform herausgestellt.

Berühmt ist nicht zuletzt der im Vorwort zu lesende fundamentale Satz, der bis heute wegweisend für alle Demokratien der Welt ist: „Wir halten diese Wahrheiten für selbstverständlich, dass alle Menschen gleich erschaffen sind, dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wozu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören.“

Doch hier deutete sich auch bereits die Spannung zwischen Ideal und Realität an, die bis heute die Vereinigten Staaten polarisieren und auseinanderreißen. Denn Jefferson und die meisten der anderen Gründerväter, wie auch der erste Präsident George Washington, waren Sklavenbesitzer – und es

KLAUS LARRES
ist Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen an der University of North Carolina/Chapel Hill. In seiner Kolumne schreibt der gebürtige Schleidener über die USA als Wahlheimat und liebstes Forschungsgebiet

dauerte noch viele Jahrzehnte, bis die Mehrheit der Führungsschicht der USA im Norden wirklich bereit war, die Überwindung des Widerspruchs zwischen idealistischem Anspruch und der harschen ökonomischen Realität anzugehen. In den Südstaaten dauerte das noch viel länger und konnte erst nach der Niederlage in dem verheerenden Bürgerkrieg Mitte des 19. Jahrhunderts mehr oder weniger erreicht werden.

Trotz dieser Widersprüche war die Unabhängigkeitserklärung ein unerhört wichtiges Dokument, das die nach den Revolutionskriegen

> **Außenpolitisch hat die Inkompetenz der US-Regierung viel Unheil angerichtet**

im September 1787 unterzeichnete, im März 1788 ratifizierte und sich seit März 1789 in Kraft befindende demokratische Verfassung der USA tief beeinflusste. Zurecht hat Präsident Abraham Lincoln darauf hingewiesen, dass die Unabhängigkeitserklärung von 1776 einen starken Stolperstein darstellt, um Tyrannei und Unterdrückung und damit diktatorische Tendenzen in Schach zu halten.

Doch derzeit tanzt den USA nicht der britische König, sondern einer der Ihren auf der Nase herum. Die unter Donald Trump enorm angewachsene Machtfülle des Staates und die immer dreistere Korruption seiner führenden Vertreter – allein Trump und seine Familie verdienten im vergangenen Jahr 2,2 Milliarden Dollar (2024, vor Trumps Rückkehr ins Präsidentenamt, waren es noch 622 Millionen gewesen) – geben wenig Anlass zum Feiern. Auch das völlig dem Präsidenten unterjochte Justizministerium, das eigentlich innerhalb der Exekutive eine recht unabhängige Rolle haben soll, weist auf neue diktatorische Tendenzen im Land hin. Trump schreckt nicht davor zurück, seine innenpolitischen Feinde mit Hilfe der Justiz zu verfolgen – ein für eine westliche Demokratie unerhört gefährliches Vorgehen.

Aber auch außenpolitisch hat die Inkompetenz der US-Regierung viel Unheil angerichtet. Die ökonomischen und energiepolitischen Verwerfungen unserer Zeit und der sich beschleunigende Untergang der auf Freihandel, internationalen Institutionen und Multilateralismus beruhenden liberalen Weltordnung der letzten 80 Jahre hat viel mit der chaotischen Politik Trumps zu tun. Bei den im Weißen Haus eintreffenden Glückwünschen ausländischer Staaten, nicht zuletzt von den EU-Staaten, geht es wohl mehr darum, den empfindlichen Trump nicht zu verärgern als dass es sich um aufrichtige Glückwünsche handelt.

In den USA ist Trump ein sehr unbeliebter Präsident. Republikaner machen sich große Sorgen, die Zwischenwahlen im November zu verlieren. Auch die gerade in Washington von Trump und seinen Mannen dominierten Feiern zum 4. Juli sehen viele Amerikaner sehr kritisch.

Dennoch lassen sich die Amerikaner den Feiertag nicht von ihrem Präsidenten verderben. Man soll eben die Feste feiern, wie sie fallen – das gilt nicht nur im Rheinland, sondern auch in den USA, egal wer im Weißen Haus sitzt. Happy Birthday, America.